

„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

Nach 100 Tagen Grün-Rot gibt es einige Erfolge: Studiengebühren, Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, mehr Windkraft usw. Mehr und mehr erweist sich S 21 als die größte Bremse im Zusammenspiel von Grün und Rot in der Koalition. Die Gefahr eines Scheiterns besteht so lange nicht als die Vereinbarung zur Volksbefragung eingehalten wird. Danach entscheidet der Souverän. Bei einem „Pro-S 21“ wird der Ministerpräsident die Kröte schlucken müssen. Mit seinem Renommeé dürfte er wohl am ehesten die Gegner beruhigen können. Bei einem „Contra S 21“ wird sich die SPD an den Entscheid halten müssen.

Damit sollte auch das größte Hindernis für eine fruchtbare Zusammenarbeit von Grün-Rot beseitigt sein. Probleme gibt es genug, die angepackt werden müssen.

Nicht vergessen werden sollte die 100-Tage-Frist, die nun abgelaufen ist. Erwartungsgemäss zeigte sie auf, dass S21 das Thema war, das alles andere überdeckte. Dies muss jetzt anders werden.

Innerparteilich wird der Landesparteitag in Offenburg mit den Wahlen und dem Thema Parteireform das größte Interesse der Mitglieder wecken. Mit der Parteireform soll auch die Frage

nach dem Weiterbestand der SPD als Volkspartei beantwortet werden.

Die Basis wartet – ganz besonders in Baden-Württemberg – auf die „Mitnahme“ der Basis. Von „Oben“ nach „unten“ sollte es nicht mehr geben. Dies haben übrigens in Baden-Württemberg die Wähler so entschieden!

In der Bundespolitik stehen zur Zeit Europa und die Eurokrise oben an. Die Nervosität an den Börsen zeigt auf wie bedrohlich die Lage ist. Natürlich ist eine Annahme der Eurobonds mit gemeinsamen Zinsen für alle Beteiligten schmerzhaft für Deutschland mit seiner besonders hohen Bonität. Die Kanzlerin sollte sich jedoch besser nicht mehr länger der Tatsache entziehen, dass die Währungsunion eine Transfer- Union werden muss.

Die gemeinsame „Wirtschaftsregierung“ wäre der richtige Weg, gelingt aber wohl kaum über das vorgeschlagene „Konsultationsprojekt“.

Es grüßt Sie

die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

-	Seite	
- EU:		
"Handeln statt nur warten und hoffen!"	2- 3	
- "Große Worte ohne konkrete Inhalte"	3	
- BW:		
Konferenz der SPD Südwürttemberg in Ravensburg	3- 4	
- Das Erneuerungsprogramm der Partei Socialist	4	
- Mit der Inklusion geht es voran	5- 6	
- SPD-Bodenseekreis:		
Windräder über Tettngang	6- 7	
- Brief des Ortsvereins Überlingen an Andrea Nahles, Barbara Hendricks und Astrid Klug	7- 9	
Termine im Bodenseekreis	9	
- SBI:		
Folge IX: Prix Wasserfrau 2010	10-11	
- Die Saat geht auf	11	
- SP Kanton SG:		
Podium mit Bundesrätin Sommaruga	11	
- SPÖ Vorarlberg:		
Sommer Talks mit Michael Ritsch – Mirjam Jäger-Fischer – Elmar Mayer – Reinhold Einwallner	12	
- KV Ulm und Hilde Mattheis:		
Hilde Mattheis setzt sich für medizinische Rehabilitation für Mütter und Väter ein	12-13	
- Ulm muss Hauptsitz der Arbeits- agentur bleiben	13	
- SPD Kreis RV:		
Einladung zum Gesprächsabend mit Claus Schmiedel, SPD- Fraktions- vorsitzender	13	
- BayernSPD-SPD-Kreisverband Lindau:		
Koalitionsstreitigkeiten schaden unserem Land	14	
- BW: SPD- Fraktion begrüßt Auf- forderung an S 21- Projektpartner zu Fundierter Stellungnahme	14-15	
- Einladung NR Sommaruga	15	
- Einladung vom Landesverband zu Istanbulreise	15	
- Programm zur Istanbulreise	16-19	
- Einladung zur Preisverleihung des Prix Wasserfrau 2011	20-21	
- Impressum	22	



Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Peter SIMON:

"Handeln statt nur warten und hoffen!"

Die weiterhin angespannte Lage auf den Finanzmärkten erfordert nach Ansicht des baden-württembergischen SPD-Europaabgeordneten **Peter SIMON** schnelles und abgestimmtes Handeln: "Um den Teufelskreis zu durchbrechen, muss jetzt endlich ein nachhaltiges Krisenmanagement betrieben werden. Von dem dringend gebotenen entschlossenen und abgestimmten Handeln zur Stabilisierung der Märkte kann derzeit nicht die Rede sein. Das Stückwerk der letzten Monate war viel zu kurz gedacht und hat uns nur Verschnaufpausen gebracht. Die Gipfel-Entscheidung, die Kompetenzen des Rettungsfonds auszuweiten, war richtig. Doch verzelte Anleiheaufkäufe reichen nicht aus, um die Eurozone langfristig zu stabilisieren. Wer den Euro wirklich verteidigen möchte, muss sich jetzt mit einer Stimme für nachhaltige Maßnahmen aussprechen", betont **SIMON**.

Für das Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses führt deshalb an der Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds und der gemeinsamen Vermarktung eines Teils der Staatsanleihen (Eurobonds) kein Weg vorbei: "Wir brauchen konkrete Regeln für Krisensituationen, denn nur so kann erreicht werden, dass die Mitglieder der Eurozone sich spekulationsfrei zu fairen Preisen an den Märkten refinanzieren können." Gleichzeitig fordert er u. a. den zügigen Abschluss der europäischen Gesetzgebung zur Finanzmarktreform. "Spekulationen gegen den Euro sind kein Naturgesetz. Der Gesetzgeber kann sie wie im Falle des spekulativen Handels mit Kreditausfallversicherungen auf Staatsanleihen verbieten. Dafür müssen die Finanzminister ihre Blockade aufgeben und einem solchen Verbot im Rahmen der laufenden Gesetzgebung zu Leerverkäufen endlich zustimmen", so **SIMON** weiter.

Mit Blick auf das in den USA beschlossene Kürzungsprogramm warnt **SIMON** zudem vor fehlenden Wachstumsperspektiven für die Weltwirtschaft: "Die Eurozone darf sich nicht auch noch in den Supergau hineinsparen. Ohne Wachstum und Beschäftigung lässt sich die Krise nicht überwinden. Solche dringend benötigten Wachstumsprogramme ließen sich problemlos mit den Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer finanzieren."

"Wir müssen endlich eine umfassende Lösung schaffen und die Spielregeln für die Märkte grundlegend reformieren. Nur so kommen wir aus der Rolle der Getriebenen, die nur reagieren und nicht mehr agieren wieder heraus", so **SIMON** abschließend.

Brüssel, 09.08.2011

Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP

Peter SIMON:

"Große Worte ohne konkrete Inhalte"

Merkel und Sarkozy weiterhin ohne nachhaltigen Plan zur Krisenbewältigung

"Wer mit einem großen Befreiungsschlag aus der Krise oder richtungsweisenden Vorschlägen für die Zukunft der Eurozone gerechnet hatte, wurde wieder einmal bitter enttäuscht. In der völlig realitätsfernen Hoffnung, dass sie eine Wirkung auf die Stabilität von Euroland haben könnten, inszenieren Merkel und Sarkozy ihren Schulterchluss mit jeder Menge unkonkreter Vorschläge. Ein Masterplan sieht anders aus, das ist leider nicht mehr als ein Ablenkungsmanöver!", kritisiert der baden-württembergische SPDEuropaabgeordnete **Peter SIMON** die vorgestellten Maßnahmen, mit denen die Bundeskanzlerin und der französische Präsident Nicolas Sarkozy die Eurozone krisenfest machen wollen.

"Der Vorschlag einer 'tatsächlichen' Wirtschaftsregierung soll vordergründig zwar Geschlossenheit demonstrieren, aber dass ein bisher eher machtloser Ratspräsident die Regierungschefs zweimal im Jahr zu einem Treffen einlädt, kann doch nicht alles sein, was Merkel und Sarkozy an konkreten Vorschlägen für die Ausgestaltung dieser gemeinsamen europäischen Wirtschaftsregierung haben. Zumal diese keineswegs mit einer realen Stärkung der europäischen Institutionen, Europaparlament und EU-Kommission, einhergeht", so das Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses weiter. "Dadurch lassen sich die Finanzmärkte kaum beeinflussen. Hier zählt nur das entschiedene Eintreten für den Euro, aber auf einen Einstieg in eine kontrollierte gemeinsame europäische Schuldenverwaltung haben sich die beiden vorerst leider nicht einigen können" betont **Peter SIMON**.

Das populistische Beschwören von Schuldenbremsen greift nach Meinung des SPDEuropaabgeordneten ohne eine entsprechende Steuer- und Investitionspolitik ebenso zu kurz: „Klar muss die Konsolidierung der Haushalte zu einer Selbstverständlichkeit werden. Aber nach den jüngsten Daten steht der Eurozone eine Stagnation bevor. Deshalb müssen die Eurostaaten durch eine entschiedene nachhaltige Haushaltspolitik konsolidieren, die

Strukturreformen zeitgleich aber auch mit neuen Wachstumsimpulsen verknüpft werden." Positiv bewertet **Peter SIMON** das Bekenntnis zur Finanztransaktionssteuer. "Hier entscheidet sich die Halbwertszeit von Merkels und Sarkozys Ankündigungen im Herbst, wenn der Vorschlag der Kommission vorliegen wird", so **SIMON** abschließend.

Brüssel, 18.08.2011

Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP

Nochmals Parteireform:

Konferenz der SPD Südwesttemberg in Ravensburg

Um es kurz zu machen: Der strittigste Punkt in den Vorschlägen des Bundesparteivorstandes für einen neuen Organisationsrahmen der künftigen Parteiarbeit ist die angestrebte Beteiligung von Sympathisanten und Wähler/innen ohne formelle Mitgliedschaft an Personalentscheidungen der SPD. Pro und Contra beherrschten somit auch die Diskussion der Parteibasis aus den südwesttembergischen Kreisverbänden mit **Hilde Mattheis, Lars Castellucci und Daniela Harsch** vom Stuttgarter SPD-Landesvorstand.

Mit dieser Position, wenn sie sich beim entscheidenden Bundesparteitag bis Jahresende so durchsetzen würde, wären die bundesdeutschen Sozialdemokraten „im Abseits“ im Verhältnis zur überwiegenden Mehrheit der sozialdemokratischen Schwesterparteien im übrigen Europa. Ein Beleg dafür mag der Beitrag aus dem SPD-Freundeskreis in Paris sein, von dem die Genossin Angela Luci dem Roten Seehas einen Beitrag übermittelte (eigener Text). Eigenartig ist es schon, dass es bei der deutschen SPD eine Debatte zur Parteireform gibt und man im Willy-Brandt-Haus nicht viel Anstrengungen unternimmt, um auch die Erfahrungen von Sozialdemokrat/innen aus anderen Ländern einzuholen. Immerhin hat man ja bei der Entstehung der Arbeiterbewegung vor 150 Jahren nachdrücklich auf ein internationales Bündnis der fortschrittlichen Kräfte Wert gelegt.

Und heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts? In der oberschwäbischen Parteiregion interessiert die Basis am meisten, wie man die Konzentration der Regionalgeschäftsstelle auf den Standort Biberach und den Wegfall von Abgeordnetenbüros im südlichen Südwesttemberg abfedern könnte, um die noch vorhandene Mitgliederbasis noch einigermaßen sinnvoll betreuen zu können. **Ulrich Möhrle** hat dazu ein paar Ideen entwickelt.

„Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die Einen Schutzmauern, die Anderen Windmühlen“, ermunterten die beiden Vize-SPD-Landesvorsitzenden Castellucci und Mattheis die nicht ganz hundert Teilnehmer/innen (einer reiste aus Konstanz

an) mit diesem chinesischen Sprichwort zur freimütigen Diskussion. „Die Zustimmung zur SPD wächst in der Öffentlichkeit über Themen und Inhalte“, ist Hilde Mattheis überzeugt, „da ist die Parteireform nur ein kleiner Steigbügel.“ Einig sind sich die Parteiaktiven aus Südwürttemberg in den Punkten: Entlastung der Ortsvereine in der Kassenführung, bei der Beitragserhebung und anderen Aufgaben in der Verwaltung des Mitgliederbestandes, etwa durch eine zentrale Servicestelle bei Umzugsmeldungen von Genoss/innen in einen anderen Wohnort. In allen Ortsvereinen und Kreisverbänden lohnt sich die Einführung eines (einer) Mitgliederbeauftragten, die bei Austrittserklärungen oder bei anderen Anlässen (runde Geburtstage und Parteijubiläen) sofort auf der Matte steht und sich um die Parteifreunde kümmert. Die angestrebte Frauenquote von 40 Prozent bei der Erstellung der Kandidatenliste zur Bundestagswahl ist zwar recht anspruchsvoll und nicht überall einzuhalten, aber sie ist nicht groß diskussionsbedürftig. Schon eher ist die Verkleinerung der obersten Parteigremien oder gar die Abschaffung des Parteirates auf Bundesebene ein Grund für nennenswerte Einwände.

Haben dann gewöhnliche Basisvertreter/innen überhaupt noch eine Chance, gegen die Promis wie die Ministerpräsidenten oder die Landesvorsitzenden oder die führenden Köpfe der Bundestagsfraktion erfolgreich anzutreten und halbwegs gleichberechtigt über künftige inhaltliche Positionierungen der Partei mitzudiskutieren? Eher nicht. Andererseits: Je größer solche Gremien sind, desto eher besteht die Gefahr der Degeneration zu wertlosen „Labergremien“, wo doch eher harte Arbeit gefragt ist, um bessere Lösungen für die vielen Zukunftsprobleme unserer Gesellschaft zu generieren.

Ein großer Nachholbedarf besteht bei der besseren Beteiligung der Mitgliedschaft an Personal- und Sachentscheidungen. Die SPD Baden-Württemberg kann diesbezüglich Pluspunkte vorweisen: Sie hat die Mitglieder über die neue grün-rote Koalitionsvereinbarung über eine formalen Prozess abstimmen lassen. Sie hat eine Urwahl durchgeführt bei der Wahl des SPD-Landesvorsitzenden. Viele Kreisverbände kennen in ihrer Satzung die Mitgliederversammlung statt einer Delegiertenkonferenz, etwa zur Nominierung eines Kandidaten oder einer Kandidatin für die Landtags- oder Bundestagswahl.

Interessant war die Debatte zu den Noch-Nicht-Mitgliedern bei Personalentscheidungen. **Peter Didszun** reklamierte einen „strukturellen Wandel“ in der Bedeutung der Mitgliedschaft, wenn auch nahestehende Wähler/innen Einfluss nehmen könnten. Sein Kollege aus dem Kreisverband Ravensburg, **Peter Clement**, votierte für eine offenere Gestaltung der Parteistrukturen, ebenso der Tübinger SPD-Ortsvereinsvorsitzende. Bei der Bundesversammlung stimmen auf Vorschlag der Landtagsfraktionen auch Nichtmitglieder über die Kandida-

ten zum Bundespräsidenten ab, ebenso gibt es von den über 600 Gemeinde- und Kreisräten von der SPD in Baden-Württemberg wenigstens 50, die formell nicht der Partei angehören, aber viele Entscheidungen vor Ort mit treffen.

Wie Lars Castellucci anmerkte, ist seitens des Parteivorstandes in Berlin eine detaillierte Richtlinie zum Umgang mit dieser Frage geplant. Da ist von einer Registrierung der Nichtmitglieder die Rede, von einer besonderen Gebühr wie bei den Vorwahlen zur Präsidentschaftswahl in Frankreich und in den USA, von einer endgültigen Entscheidung einer Delegiertenkonferenz und von der Möglichkeit, in der SPD-Mitgliederversammlung im Ortsverein extra darüber abstimmen zu lassen, ob ein Nichtmitglied Stimmrecht bekommen soll. **Dietram Hoffmann** erinnerte an die Gefühle von Mitgliedern, die jahrelang ihren Beitrag an die Parteikasse entrichten und bei jedem Wahlkampf emsig plakätieren, um dann plötzlich bei anstehenden Entscheidungen über Kandidaturen mit Nichtmitgliedern gleichgestellt zu werden.

Immerhin: Sigmar Gabriel und Andrea Nahles und Astrid Klug schreiben den Gliederungen in der Partei nicht vor, Nichtmitglieder zu beteiligen. Sie deuten nur die Möglichkeit an, Erfahrungen zu sammeln, wo es vor Ort angebracht ist, ein solches Stimmrecht für außenstehende Sympathisanten zuzulassen. Rederecht haben Vertreter der AWO, der Kirchen, der Gewerkschaften oder der Jugendverbände bei SPD-Tagungen ohnehin, wenn sie dazu eingeladen worden sind. Selbst CDU-Bürgermeister dürfen ein Grußwort sprechen. Wie sagte einst Willy Brandt: „Wer morgen sicher leben will, muss heute für Reformen kämpfen!“ Hat er auch eine Parteireform gemeint?

W. Bernhard

WICHTIGE	TERMINE
17. September 2011	Antragsschluss zum SPD-Landesparteitag
24. September 2011	Kreismitgliederversammlung in Isny
14./15. Oktober 2011	Landesparteitag in Offenburg
4./5./6. Dezember 2011	Bundesparteitag in Berlin
9. September 2011, 18 Uhr	Prix Wasserfrau in Bregenz Hotel Messmer-Preisverleihung
12. November 2011	Politischer Martini in Wolfegg mit Innenminister Reinhold Gall (SPD)
1. Dezember 2011	Bildungsministerin Gabriele Warminski-Leitheußer (SPD) in Ravensburg
6. Januar 2012	SPD-Dreikönigstreffen in Langenargen

DAS ERNEUERUNGSPROGRAMM DER PARTI SOCIALIST

Im Juli 2010 hat die PS ein Erneuerungsprogramm beschlossen, um sich zu öffnen und damit auch Ihre Wahlchancen bei der nächsten Präsidentenwahl im Jahr 2012 zu erhöhen. Dieses Programm beinhaltet eine inhaltliche Neuausrichtung, aber auch und vor allem eine weitreichende organisatorische Umstrukturierung. Dazu gehört insbesondere die strikte Restriktion von Mandatsanhäufung, die innerhalb der PS sehr verbreitet ist. Diese Restriktion soll auch zu einer zeitlichen Beschränkung gewisser Mandate führen (die Durchschnittsdauer eines Mandats ist zurzeit 17 Jahre). Dadurch sollen weibliche Kandidaten bessere Chancen auf eine Wahl erhalten, und das Durchschnittsalter der Mandatsträger gesenkt werden

Ein weiterer Schwerpunkt dieser organisatorischen Umstrukturierung liegt auf der Neugestaltung der „primaires“ - der Aufstellung der Präsidentschaftskandidaten. Die Auswahl der PräsidentschaftskandidatInnen erfolgte bisher in der PS immer innerparteilich, wie dies auch in einer Mehrheit der Parteien in Europa geschieht. Da dieses Auswahlverfahren in den letzten Jahrzehnten immer schwieriger und undurchsichtlicher wurde, hat sich die PS nun entschieden, das Verfahren zu demokratisieren und nach aussen zu öffnen.

Die Idee ist, den Präsidentschaftskandidaten/die Kandidatin der PS in 2 Runden zu wählen, wie dies auch bei der Wahl des Präsidenten/der Präsidentin selbst geschieht. Wahlberechtigt sind nicht nur Mitglieder der PS, sondern alle BürgerInnen, die auf den Wahllisten eingeschrieben sind. Die PS rechnet mit ca. 4 Millionen WählerInnen. Erfahrungen aus anderen Ländern, die den Präsidentschaftskandidaten ähnlich wählen (Griechenland, Italien) zeigen, dass sich ca. 10% aller wahlberechtigten Bürger für die Teilnahme an solchen Wahlen gewinnen lassen.

Die Wahlen sollen in insgesamt 10.000 Wahlbüros in Rathäusern oder in Parteiständen vor dem Rathaus in ganz Frankreich erfolgen. Um die Organisationskosten solcher Wahlen finanzieren zu können, plant die PS, eine „Wahlgebühr“ von 1 Euro pro WählerIn zu verlangen. Des Weiteren ist geplant, die WählerInnen eine Art „linken Ehrenkodex“ unterschreiben zu lassen, der Andersgesinnte von der Wahl, wenn nicht abhalten, dann zumindest bremsen soll.

Die Erfahrung einiger südeuropäischer Länder hat gezeigt, dass die Öffnung der Wahl des Präsidentschaftskandidaten einer Partei nach aussen sehr positiv aufgenommen wird. Der Aufruf, sich an der Wahl der Kandidaten zu beteiligen, stärkt das Inter-

esse der BürgerInnen an den KandidatInnen und deren Wahlprogrammen. So erhöht sich auch für eher unbekanntere KandidatInnen und Aussenseiter die Chance auf eine Präsidentschaftskandidatur. Das demokratisierte Wahlverfahren mit einer hohen Wahrnehmung durch die Medien verschafft dem Präsidentschaftskandidaten ausserdem eine echte Legitimation, die ihm oder ihr ermöglicht, gestärkt (und wahlkampfverfahren!) in den Wahlkampf um das Präsidentenamt zu gehen. Zu Fragen der Finanzierung beweist die italienische Erfahrung, dass die Wahl voraussichtlich selbsttragend sein wird (1€ Wahlgebühr), bzw. sogar rentabel sein könnte, da durchaus viele Wähler mehr als 1€ spenden könnten (wie das in Italien der Fall war).

Die Idee, die Wahl des Präsidentschaftskandidaten nach aussen zu öffnen, hat nun auch auf europäischer Ebene Anhänger gefunden. Zusammen mit einigen südeuropäischen Schwesterparteien kämpft die französische PS darum, den Kandidaten der PSE (Parti socialiste européen) in einem offenen Wahlverfahren zu ermitteln.

Mit solidarischen Grüßen an die Genossinnen und Genossen in der schönen Region am Lac de Constance.

Angela Luci/SPD-Freundeskreis Paris
(Mein Bericht über einen Vortrag des PS-Funktionsärs Paul Alliès am 23. November 2010)

Mit der Inklusion geht es voran

Tagung der GEW Südwürttemberg in Laupheim

„Die Inklusion ist machbar, und für die Beschäftigten im Bildungs- und Schulwesen sind die notwendigen Arbeitsbedingungen zu schaffen!“ Mit diesem Appell an die Schulverwaltung eröffnete Margit Stolz-Vahle, die Vorsitzende des GEW-Bezirks Südwürttemberg, die von annähernd 150 Lehrkräften, Eltern und Jugendhilfe-Experten besuchte Tagung zur Umsetzung der Inklusion in der Modellregion des Schulamtes Biberach.

Der Schulamtsdirektor Wolfgang Mäder und sein Kollege, Schulrat Dr. Norbert Nitsche, äusserten sich zuversichtlich, den Anspruch auf ein inklusives Bildungssystem Schritt für Schritt in den nächsten Jahren erfüllen zu können. Mit großer Genugtuung und Freude nahm Mäder Anteil an der Entwicklung des einst sehr körperbehinderten Schulkindes Jürgen, dem zu Beginn der Grundschule keine Chancen auf den Erwerb des Hauptschulabschlusses zugesprochen wurden und der dann mit sichtlichem Stolz als Viertklässler am Umzug der Schulen beim Heimatfest in Laupheim mitlaufen konnte. Bis Mitte Juli sind beim Schulamt Biberach 400 Meldungen (Neuanträge) zum Anspruch auf sonderpä-

dagogischen Förderbedarf von schulpflichtigen Kindern eingegangen. Etwa die Hälfte der Anträge hat noch den Besuch von benachbarten Förder- und Sonderschulen zum Ziel. Die übrigen Familien wünschen für ihr Kind die Aufnahme an einer geeigneten Regelschule im neuen Schuljahr. Knapp über 200 allgemeinbildende Schulen in der Modellregion weisen schon langjährige Erfahrungen im Unterrichten von Kindern mit einem Handicap auf (darunter etliche Schulen in privater bzw. kirchlicher Trägerschaft) und verfügen über eine gute personelle und räumliche Ausstattung. Gute Erfahrungen macht das Schulamt auch mit dem Fortbildungsangebot, das im vergangenen Schuljahr begonnen hat und in den Regelschulen mit großem Interesse nachgefragt wird.

Mit den allfälligen Barrieren und Hindernissen in der bundesdeutschen und baden-württembergischen Verwaltungspraxis, die mit den Rechtsnormen der neuen UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen nicht vereinbar sei, ging die Prorektorin an der PH Ludwigsburg und Expertin für Inklusive Bildung, Professorin Dr. Kerstin Merz-Atalik, hart ins Gericht. Kinder müssen hier erst mit ihrer Behinderung etikettiert werden, um entsprechende Hilfs- und Förderressourcen gewährleisten zu können.

Auch bei der Schülerbeförderung und bei den Sachkosten-Richtlinien der Schulträger muss die Rechtsstellung von benachteiligten Schüler/innen, wenn sie eine allgemeinbildende Schule besuchen, neu bewertet werden. Regelungsbedürftig ist zudem der Einsatz von Sonderpädagogen an den Regelschulen sowie die künftige Notengebung, Versetzungsordnung und die Fragen zu den zieldifferenzierten Schulabschlüssen. Inklusive Bildung ist für Merz-Atalik im Sinne der UN-Konvention Aufgabe aller allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen. Die Inklusion richtet deshalb an die Lehrkräfte nachdrückliche Erwartungen zum individuellen und kooperativen Lernen im Unterricht über die Ansätze in den so genannten Außenklassen hinaus.

Statt der Inklusion herrscht im bundesdeutschen Südwesten eher der Grundsatz der Separation behinderter Kinder. Schon im frühkindlichen Bildungsbereich weisen Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen die geringsten Integrationsquoten auf.

Bei den nachmittäglichen Workshops beeindruckte Dr. Edith Brugger-Paggi, Professorin an der Freien Universität Bozen in Südtirol, mit ihren Ausführungen zur schrittweisen Entwicklung der inklusiven Bildung im staatlichen Schulsystem in Italien seit 40 Jahren. Im südlichen Nachbarland gibt es eine gemeinsame Mittelschule für alle Kinder nach der Primarstufe, ohne Aufteilung in Begabungstypen wie in Deutschland. In Italien hat man nach dem

2. Weltkrieg auf den Aufbau eines eigenen Sonderschulwesens verzichtet. „So einfach möchte ich es auch mal haben, um bei allen Beteiligten im Bildungs- und Schulbereich eine gemeinsame Haltung zur gleichen Wertschätzung aller Kinder herbeizuführen“, sagte Petra Kilian, die stellvertretende GEW-Landesvorsitzende.

Bluten die Sonderschulen zu Restschulen mit nicht inkludierbaren Schülern mit Mehrfachbehinderung aus? Eine der Fragen, die die abschließende Podiumsdiskussion beschäftigte. Der Ulmer Grünen-Landtagsabgeordnete Jürgen Filius ist selbst Vater einer behinderten Tochter und hat in der Ulmer Friedrichsau eine sonderpädagogische Privatschule mitbegründet. Hier unterrichten die Lehrkräfte die körper- bzw. mehrfachbehinderten Vorschulkinder und Schüler/innen nach der konduktiven Methode des ungarischen Arztes und Pädagogen András Pető. Filius: „Auf die Kompetenzen der Sonderpädagogen, vor allem die Diagnosekompetenz, kann man nicht verzichten, auch wenn es in absehbarer Zukunft keine Förderschulen mehr gibt.“ Er nahm als Auftrag in die Landtagsarbeit mit, den äußerst bescheidenen Ansatz von durchschnittlich 0,38 Lehrerwochenstunden Sonderpädagogik pro Kind an der Regelschule deutlich aufzustocken.

Eine nachhaltige Kompetenzentwicklung auf Seiten der aufnehmenden Regelschule oder gar eine dauerhafte Erweiterung im Umgang mit der Heterogenität kann der Sonderpädagogische Dienst so nicht leisten. Die Landratsämter sind dabei, die erforderlichen Maßnahmen im Rahmen der Jugend- und Sozialhilfe und als Schulträger zu erheben, berichtete Petra Alger, Sozialdezernentin im Landratsamt Biberach. Die GEW-Tagung wurde gemeinsam organisiert vom Biberacher Kreisvorsitzenden Karl-Heinz Schoch und von der stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Brigitte Schmid.

10.08.2011

W. Bernhard

SPD - Kreisverband Bodenseekreis



SPD im Gespräch:

Windräder über Tettang

am 9. August 2011 im Hotel „Ritter“

Orts-SPD für frühzeitige Bürgerinformation zum Ausbau der Windenergie

TETTANANG. In den 7 Gemeinden im östlichen Bodenseekreis, die vor drei Jahren das Regionalwerk Bodensee zur Strom- und Gasversorgung gegründet haben, müssten 37 große Windräder errichtet werden, um vom Stromimport unabhängig zu werden. Geschäftsführer Enno Steffens berichtete bei der gut besuchten Veranstaltung „**SPD im Gespräch**“ über Absichten zu einer Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Energieversorgungsunternehmen in der Bodenseeregion für den Ausbau der Windkraft. Im Mittelpunkt der Gesprächsrunde im Hotel „Ritter“ standen die vorläufigen Planungen für den Bau von einem halben Dutzend Windräder im Hohen Rain bei Tannau.

Enno Steffens kennt die beachtlichen Ausmaße der Windräder und die Bürgerdebatte darüber gut von seiner früheren Heimat in Bremen, an der Nordseeküste. Er riet bei der SPD-Versammlung zu einem intensiven Bürgerdialog über dieses Projekt, auch wenn die Bereitschaft, sich mehr noch als bisher auf erneuerbare Energieträger einzulassen, seit der Katastrophe im japanischen Fukushima deutlich zugenommen habe. Hundert Windräder mit einer Leistung von je 10 Megawatt könnten ein Atomkraftwerk ersetzen. Steffens bestätigte kritische Anmerkungen in der Veranstaltung, an der auch einige Nicht-SPD'ler teilnahmen, die nicht unerheblichen Eingriffe in die Natur und Waldlandschaft um Tannau.

„Mir wäre es lieber, wenn der Preis für den Bundestagsbeschluss zum baldigen Ausstieg aus der Atomkraft nicht so hoch wäre“, räumte Steffens freimütig ein. Sieht man das Hochhaus im Tettninger Wohngebiet Oberhof immerhin noch von Ailingen und bei guter Fernsicht vom Gehrenberg aus, so erkennt man die über hundert Meter hohen Windräder im Tettninger Hinterland auch noch auf dem Säntis.

Ähnlich wie bei der letzten Gemeinderatssitzung vor gut zwei Wochen herrschte bei der „SPD im Gespräch“ eine abwartende Stimmung vor. Einhellig wurde eine intensive und frühzeitige Bürgerinformation zum Ausbau der Windenergie vor Ort und in der Bodenseeregion gefordert. Der stellvertretende „SPD-Ortsvorsteher“ Hermann König berichtete ausführlich über die Windkraft-Planungen der grün-roten Landesregierung in Stuttgart und über den Sachstand bei der Fortschreibung des Teilregionalplanes „Windenergie“ im Regionalverband Bodensee-Oberschwaben, der als Grundlage für die Flächennutzungsplanung in den hiesigen Städten und Gemeinden dient. In den 3 Landkreisen der Region Bodensee-Oberschwaben sind nach einer ersten Erhebung und besonders nach den gesetzlichen Vorgaben der Landesregierung 290 Windräder geplant, die meisten davon übrigens im Landkreis Sigmaringen. Da Baden-Württemberg sich von 53 Prozent Nutzung der Atomenergie verabschieden muss, ist hier der Aufwand für die Bereitstellung einer neuen

Infrastruktur für die Nutzung erneuerbarer Energieträger besonders hoch. Ein Anreiz auch für die einschlägige Industrie und ihren Arbeitsplätzen: Laut Hermann König ist auch die Häfler ZF mit ihrem Getriebebau in die Teilefertigung von Windkraftträdern eingestiegen. Wenn künftig 10 Prozent des landesweiten Energiebedarfs aus der Windenergie kommen soll, so der SPD-Experte, dann müssten zu den 360 schon gebauten Windrädern noch gut 1200 errichtet werden. Je höher das Windrad ist, desto größer der Ertrag bei der Nutzung der wehenden Luftmassen für den Strombedarf. Die in Frage kommenden Standorte für Windkraftanlagen müssen Windgeschwindigkeiten von mindestens 4,5 Meter pro Sekunde im Jahresmittel aufweisen. Nächstes Jahr im Sommer soll der Teilregionalplan Windkraft mit dem Satzungsbeschluss der Regionalverbandsversammlung Rechtskraft erlangen.

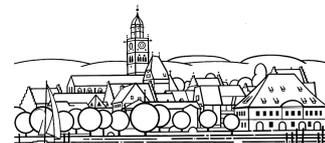
Auch in der Nachbarregion im bayrischen Allgäu ist die Debatte um die Windkraft schon in vollem Gange. Hier sollen bis 2020 bis zu siebzig Prozent des Strombedarfs im Allgäu aus regenerativer Energie erzeugt werden. Dazu beitragen sollen auch 40 neue Windräder. „Zwischen Eriskirch und Neukirch wird es keine 37 Windkraftprojekte geben, beruhigte der Geschäftsführer des Regionalwerks, „aber man kann diese Debatte dazu nutzen, über den eigenen Stromverbrauch tagtäglich nachzudenken.“

Bei der nächsten Runde „SPD im Gespräch“ haben die Tettninger SPD'ler und die Orts-Grünen an der Manzenberg-Hauptschule im Oktober Norbert Zeller zu Gast. Es geht um die Reformen im Schul- und Bildungswesen in Baden-Württemberg und im östlichen Bodenseekreis.

10. August 2011

W. Bernhard

[Brief des Ortsvereins Überlingen an Andrea Nahles, Barbara Hendricks und Astrid Klug:](#)



Betrifft: Parteistrukturereform

Liebe Andrea, liebe Astrid, liebe Barbara,

Der Ortsverein Überlingen, dessen Vorsitzender ich bin, hat mich gebeten, in einem Brief an Euch unsere Billigung, aber auch unsere Zweifel über Eure bei uns bekannt gewordenen Ideen zur Parteistrukturereform als Echo der Basis mitzuteilen.

1. Mitglieder stärker beteiligen

Wir begrüßen es, wenn im Organisationsstatut für alle Gliederungsebenen die formalen Verfahren für

die Wahlen von Vorsitzenden, Mitgliederbefragungen und Sachentscheidungen geregelt werden. Das gleiche gilt für die Beteiligung der Mitglieder bei der Aufstellung von Einzelkandidat/innen für öffentliche Ämter und Mandate.

2. Partei für Unterstützer öffnen

Wir haben unseren Ortsverein für Nichtmitglieder schon so weit geöffnet, wie es das bestehende Organisationsstatut ermöglicht. Eine klare Mehrheit unseres Ortsvereins lehnt darüber hinausgehende Erweiterung der Beteiligung von Nichtmitgliedern und Bündnispartnern wie Antragsrecht bei Parteiversammlungen (das Rederecht hat heute schon ein jeder bei unseren in der Regel öffentlichen OV-Versammlungen) oder die Beteiligung an Vorwahlen bei der Aufstellung von Bewerber/innen für öffentliche Ämter und Mandate ab. Selbst die Minderheit, die für eine Erweiterung der Beteiligung von Nichtmitgliedern ist, lehnt die Beteiligung an Vorwahlen ab, schon allein wegen des damit verbundenen bürokratischen und kostenintensiven Aufwands ab. Wir meinen, die SPD hat gerade in der schwarzen Provinz, aber wahrscheinlich auch in unseren Hochburgen, weder die finanziellen Mittel noch die personelle Ausstattung dafür.

3. Ortsvereine, Kreisverbände/Unterbezirke

Wir begrüßen die Einführung einer jährlichen bundesweiten Konferenz der Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden, zweifeln aber am Sinn des beitragsfinanzierten Innovationsfonds, da es die eigentliche Aufgabe eines Unterbezirks oder Kreisverbandes sein sollte, auf Grund der politischen Gegebenheiten Projekte und Veränderungsprozesse zu entwickeln.

Eine Zusammenlegung von Ortsvereinen von oben lehnen wir strikt ab. Erstens bedeutet die Auflösung eines Ortsvereins im Normalfall das Ende der sozialdemokratischen Basis vor Ort. Dies schadet uns in der Kommunalpolitik und den Wahlkämpfen auf allen Ebenen. Zweitens kann so eine Parteigliederung, die sich als „Vorgesetzte“ gegenüber den Ortsvereinen missversteht, Ortsvereine mit anderen Meinungen gegenüber „oben“ durch die Auflösungs-, bzw. Zusammenlegungsmöglichkeit entmündigen.

4. Zielgruppen schlagkräftiger machen

Die Arbeit von Parteimitgliedern und Nichtmitgliedern in Arbeitsgemeinschaften und Themenforen in verschiedenen Ebenen der Parteigliederungen begrüßen wir. Auch die Abfrage der Mitglieder, in welchen Arbeitsgemeinschaften sie mitarbeiten wollen, ist sinnvoll. Da Themenforen letztlich meist aktuelle Politik widerspiegeln, können sich diese Themen im Zeitraum von ein bis zwei Jahren erschöpft haben. Soll dann neu abgefragt werden?

5. Die weiblichere SPD und die Migranten

Die Forderung nach 40% sozialdemokratischer Direktkandidatinnen ist schön, aber unrealistisch. Die Kreis-, bzw. Unterbezirksvorsitzenden sind mit einem solchen Ziel bei der Kandidatenkür einfach überfordert. Ein solcher demokratischer Prozess lässt sich einfach nicht manipulieren. Es bleibt unseres Erachtens nach nur das Reißverschlussprinzip bei den Wahlen, wo Listen eine Rolle spielen.

Wenn unsere Politik inhaltlich - eben sozialdemokratisch - stimmt, dann steigen unsere Chancen, mehr Genossinnen als Mitglieder zu gewinnen, auch für mehr aktive Mitarbeit von Genossinnen. Gleiches gilt auch für die Migranten. Es war die SPD, die der Regierung Kohl geholfen hat, das im Grundgesetz verankerte Asylrecht aufzuweichen.

6. Neue Mitglieder

Wir brauchen keine „Organizer“, um neue Mitglieder zu gewinnen. Nur eine SPD mit klaren sozialdemokratischen Inhalten, nicht nur im Programm, sondern auch in der politischen Aktion auf allen politischen Ebenen, ist attraktiv für neue Mitglieder. Es ist nicht das Ziel, sondern die Aufgabe der Ortsvereine und in erster Linie des gesamten OV-Vorstands, „die Anregungen der Menschen vor Ort aufzugreifen und die Wahlbeteiligung und damit die aktive Teilnahme an unserer Gesellschaft zu verbessern“.

7. Erneuerung der Parteigremien

Natürlich ist es „für den Erfolg der SPD (wichtig, dass die) Arbeit zwischen den politischen Ebenen“ koordiniert wird. Dazu mag sicher die jährliche Unterbezirks- und Kreisvorsitzendenkonferenz dienen, aber sicher nicht ein Länderrat, der nur aus hochrangigen Mandats- und Funktionsträger/innen besteht. Deshalb sollte der Parteirat, in dem auch „einfache“ Mitglieder gewählt werden können, als Scharnier zwischen den politischen Ebenen bestehen bleiben.

Zusammenfassend stellen wir fest, dass das organisatorische Grundsatzprogramm gute Impulse und Anregungen für die Partearbeit geben kann, um Mitglieder stärker zu beteiligen und die Ansprache potenzieller neuer Mitglieder zu erleichtern. Entscheidend ist jedoch, dass die SPD wieder deutlicher Ihren Markenkern, die soziale Frage in den Vordergrund stellt. Dies gilt durchgehend für alle Politikbereiche und endet nicht bei den Regelsätzen für Hartz IV. Nur wenn für jeden klar ist, für was die SPD steht, werden die Vorschläge im organisatorischen Grundsatzprogramm erfolgreich sein und wir neue Mitglieder gewinnen und für eine Mitarbeit begeistern können.

Wir haben uns bei unserer Mitgliederversammlung am 18. Juli entschieden, keinen Antrag zur Strukturreform zu verabschieden, sondern diesen Brief

zu schreiben, weil wir hoffen und erwarten, dass Ihr diese direkte Reaktion aus der Basis eher zur Kenntnis nehmt, als einen von sehr vielen Anträgen.

Mit herzlichen Grüßen



Dietram Hoffmann

p.s. Würdet Ihr bitte Sigmar Gabriel ausrichten, dass wir uns sehr freuen würden, wenn er sich bei uns meldet, bevor er Überlingen-Hödingen besucht. Es wäre nicht ganz so peinlich, von solchen Besuchen immer zuerst von der Lokalpresse zu hören. cc: Adnan Sabah, Vorsitzender der SPD Bodenseekreis Vorstand der SPD Überlingen „Karl-Heinz König, „Roter Seehas“

Termine im Bodenseekreis

KV-Sitzung:

Montag, 12.09.2011

19:30 Uhr

Markdorf

Krone

parteiöffentlich

OV Bermatingen:

Ortsvereinsitzung

Dienstag, 30.08.2011, 19:30 Uhr - 21:30 Uhr.

Ort: Weinstube Stecher

OV Deggenhausertal:

Nächste Mitgliederversammlung nach der Sommerpause

OV Markdorf:

Vorstand

Donnerstag, 08.09.2011, 20:00 Uhr - 22:30 Uhr.

Ort: Krone

OV Meersburg:

Vorstandssitzung

Donnerstag, 25.08.2011, 20:00 Uhr

Gutsschänke

OV Friedrichshafen:

Vorstandssitzung

Montag, 05.09.2011, 19:30 Uhr.

Ort: Spicy- Grill Taverne

SPD- Sommerfest Helferfest

Samstag, 17.09.2011, 16:00 Uhr.

Ort: Kanuclub am Seemoser Horn 18

OV Überlingen:

Freitag 19.8.2011

Stallwächterparty

Zeit: ab 18:00 auch bei Regen

Ort: Ruderclub „Bodan“, Strandweg18a

Donnerstag 15.9.2011

**parteiöffentliche Vorstand- und
Fraktionssitzung**

Zeit: 19:00

Mitgliederversammlung

Zeit: 20:00

Thema: wird noch bekannt gegeben

Ort: Nebenzimmer des Gasthauses

Krone, Münsterstraße

SBI:

09.09.2011

Verleihung des Prix Wasserfrau 2011

an das Mädchenzentrum "Amazone"

im **Foyer des Theaters am Kornmarkt, Bregenz,**

unter Mitwirkung des "Kirchenfrauenkabarets"
Vorarlberg und der Schriftstellerin Jolanda Spirig.

18.00 Uhr bis 20.00 Uhr

http://www.bodensee-internationale.org/termine/einladungen/Prix_Wasserfrau110909.pdf



Die diesjährigen Preisträgerinnen des Prix Wasserfrau

Bild: Verein Amazone in Bregenz)

Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org



Was ist eigentlich daraus geworden?

Teil IX

Prix Wasserfrau 2010 von der Bodensee-Internationale an Anna Jäger verliehen



Bild: v. li. Irene Thoma, Schöpferin der Figur, Fredi Alder, Präsident SBI, Alt-Nationalrat CH, Anna Jäger, Norbert Zeller, Vizepräsident SBI, MdL BW, Olga Pircher, stell. Vorsitzende der Frauen in der SPÖ, Hildegard Fässler, Nationalrätin CH
Foto: Andy Heinrich

Vor knapp 100 Besucher/innen und Gästen verlieh das Präsidium der Sozialistischen Bodensee-Internationale den dies-jährigen Prix Wasserfrau an Anna Jäger, Lehrende im Katholischen Erwachsenen-Bildungswerk Ravensburg und Lehrbeauftragte an der Universität Tübingen, wohnhaft in Langenargen.

Im Festsaal des Münzhofes in Langenargen würdigten etliche Gastredner/innen wie die Schweizer SP Nationalrätin Hildegard Fässler die 25jährige Aufbau-Arbeit zur Frauenbildung in der kirchlich-katholischen Erwachsenenbildung. Anna Jäger hat an diesem Projekt mit einem glänzend organisierten Seminar- und Kursangebot einen maßgebenden An-

teil. Es kommt Frauen in allen Alters- und Berufsgruppen ebenso zugute wie interessierten Frauen aus anderen Konfessionen und weltanschaulichen Richtungen.

Die diesjährige Preisträgerin berät auch Führungskräfte in den Unternehmen zu Themen der Frauenförderung in der Wirtschaft. „Mit 29 Jahren vom Studium kommend glaubte ich“, so Anna Jäger, „die Welt gehöre uns Frauen wie Männern, alle Türen stünden für uns beide Geschlechter offen. Sehr schnell entdeckte ich geschlechtsspezifische Unterschiede und Benachteiligungen. Selbst in Bildungsveranstaltungen wurden Ungleichheiten reproduziert. Im Austausch mit Frauen fiel mir ein Traum zu: der Traum mit Frauen zusammen Bildungsarbeit von, mit und für Frauen zu organisieren und durchzuführen.“

Für den passenden musikalischen Rahmen sorgten die Rhythmen eines ambitionierten jungen Saxophon-Duos aus der örtlichen Musikschule.

Der Vizepräsident der SBI, der SPD-Landtagsabgeordnete Norbert Zeller, beschwor ebenso wie der Bürgermeisterstellvertreter von Langenargen, Bernd Kleiser (CDU), die Notwendigkeit, erheblich mehr Geldmittel für alle Bildungsbereiche, vom Kindergarten bis zur Arbeit mit Seniorinnen, zu investieren: „Bildung ist Zukunft!“

Zeller wies aus aktuellem Anlass auf die noch nicht gelungene Integration von MigrantInnen in vielen Bereichen der Gesellschaft als maßgebliche Aufgabe auch des Bildungswesens hin.

Die Persönlichkeit und das Engagement der neuen Preisträgerin zu charakterisieren war bei der internationalen award ceremony am Bodensee Aufgabe von Susanne Weiß, einer Soziologin vom Bildungsreferat der Diözese Rottenburg. Die Ausführungen in ihrer sehr persönlich gehaltenen Laudatio ergänzte Hans-Martin Brüll, der Vorsitzende der katholischen Erwachsenenbildung im Kreis Ravensburg. Beide freuten sich auch über die Aufmerksamkeit, die die kirchliche Bildungsarbeit in einem Bereich

gefunden habe, „wo wir es nicht unbedingt erwartet haben“: bei den Gewerkschaften und bei den sozialdemokratischen Parteibezirken rings um den Bodensee, den Brüll zum „Roten Meer“ umtaufte, aus dem die Wassernixe in der Figur des Prix Wasserfrau emporgetaucht sei.

Irene Thoma, die zum 9. Mal in ihrem St.Gallener Atelier die Bronzefigur für die Preisträgerin geschaffen hatte, überreichte zusammen mit Hildegard Fässler und Olga Pircher (stellvertretende Vorsitzende der Frauenvereinigung in der SPÖ Österreich) den Preis an Anna Jäger mit einer Fördersumme aus Spendengeldern für weitere Projekte zugunsten der Frauen-Förderung in der Bodensee-region.

W. Bernhard

Die Saat geht auf

- ein Jahr nach der Preisverleihung -

Vor einem Jahr habe ich den Prix Wasserfrau erhalten. Die Preisverleihung war für mich eine aussergewöhnliche Erfahrung, die ich im Rahmen der Frauenbildung und -bewegung für nicht möglich gehalten habe, werden doch in unserer Gesellschaft andere Zugänge belohnt. Emanzipatorische Arbeit von Frauen ist wenig im Blick. Anders bei diesem Preis.

Was hat sich verändert seit dieser Preisverleihung?

Ich werde wahrgenommen, meine Arbeit wird gesehen und anerkannt. Ist das nicht der Wunsch eines jeden Menschen? In meiner Frauenbildung im Keb, wie auch in meiner freiberuflichen Arbeit in Beratung und Training von Führungskräften, ist die Kultur der Anerkennung vertieft und vermehrt zur Basis meiner Arbeit geworden. Was im Unternehmen installiert werden soll, ist Praxis in Beratung und Training. Ich habe das schon immer eingebracht, doch nun geht es nicht nur vom Kopf aus, sondern vom Herzen.

Auch jetzt nach einem Jahr sprechen mich Menschen auf den Preis an. Monate später habe ich noch Glückwünsche erhalten. Dass die SBI als nichtkirchliche Organisation eine Frau aus dem kirchlichen Kontext ehrt, wird inner- und ausserkirchlich gesehen und geachtet: „Schade, dass wir in unserer Kirche so etwas nicht haben“ ist immer wieder zu hören“. Kirche kann hier von Ihnen lernen.

Was sich inhaltlich als Projekt in der Öffentlichkeit aufgrund des Preises entwickeln wird, ist bisher nur eine Idee. Diese verrate ich jedoch noch nicht ...

Am Sonntag den 23. Oktober werde ich alle bisher aktiven Frauen aus den unterschiedlichsten AG's zu einem Brunch einladen. Wir wollen den Preis miteinander feiern, denn all die Frauen haben daran

teil. Es werden Frauen mit dabei sein, die ich viele Jahre nicht mehr gesehen habe. Ich freue mich darauf. Wer weiß, was sich daraus entwickeln wird.

Anna Jäger,
Referentin für Frauenbildung im Keb Kreis
Ravensburg und freiberuflich tätig im dialogos team
in Langenargen



Sozialdemokratische Partei
Kanton St. Gallen

Podium mit Bundesrätin Sommaruga

Öffentliche Veranstaltung mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga

Freitag, 26. August 2011,
Mehrzweckhalle bzb Buchs
([Lageplan](#))

Türöffnung 19.00 Uhr, Beginn 19.30 Uhr

Begrüssung durch Claudia Friedl,
Parteipräsidentin

Grusswort von Daniel Gut,
Gemeindepräsident Buchs

**Thematischer Einstieg mit
Nationalrätin Hildegard Fässler
Podiumsdiskussion mit Bundesrätin
Simonetta Sommaruga**

und Nationalratskandidatin Laura Bucher
sowie Nationalratskandidaten Ruedi
Blumer und Fredy Fässler

Moderation: Heini Schwendener, Stv.
Chefredaktor Werdenberger &
Obertoggenburger

**Diskussion und Fragerunde mit dem
Publikum**

Musikalische Unterhaltung mit dem MV
Buchs-Räfis

Anschliessend sind Sie herzlich zum
Apéro eingeladen

Weitere Auskünfte

o Claudia Friedl, Parteipräsidentin
o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

Sommer-Talk mit Michael Ritsch



Den Sommer über veröffentlichen wir jede Woche ein Gespräch mit Politikern der SPÖ. Den Anfang macht Michael Ritsch, der über die Reichensteuer, Vorarlberg und Ziele in der Politik spricht.

[» weitere Infos](#)

Sommer-Talk mit LAbg. Mirjam Jäger-Fischer



Diese Woche erzählt LAbg. Mirjam Jäger-Fischer von Lebensmittelskandalen, dem Jugendschutz und der Vereinbarkeit von Beruf, Politik und Familie.

[» weitere Infos](#)

Sommer-Talk mit NR Elmar Mayer



Diese Woche: Nationalrat Elmar Mayer über Kleinkindbetreuung, gemeinsame Schule und die Koalition mit der ÖVP.

[» weitere Infos](#)

Sommer-Talk mit LGF Reinhold Einwallner



Diese Woche sprechen wir mit SPÖ-Landesgeschäftsführer Reinhold Einwallner über politische Erfolge, die Aufgaben der SPÖ und die nächsten Wahlen.

[» weitere Infos](#)

übermittelt: SPÖ-Express

SPD Kreis Ulm MdB Hilde Mattheis

Hilde Mattheis setzt sich für medizinische Rehabilitation für Mütter und Väter ein

Die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis betont die Wichtigkeit des Ausbaus der Mutter / Vater-Kind-Kuren. Anlass ist eine aktuelle Debatte um die Vergabep Praxis der gesetzlichen Krankenkassen. Die Maßnahme der Mutter / Vater-Kind-Kuren stellt einen wichtigen Beitrag in der gesundheitlichen Prävention und Rehabilitation von jungen Familien dar und sind somit von hohem gesellschaftlichem Stellenwert. „In letzter Zeit beschweren sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger bei mir über die Vergabep Praxis der gesetzlichen Krankenkassen,“ so Mattheis.

Erst im Juni gab es zu diesem Thema eine Anhörung im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestag. Parteiübergreifend einigten sich die Abgeordneten auf eine Aufforderung an den Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen zur Vereinheitlichung der Vergaberichtlinien.

Nachdem es in der Vergangenheit zu einer stetigen Abnahme der Gewährleistung dieser Maßnahmen durch die gesetzlichen Krankenversicherungen kam, wurden sie im Jahr 2007 von Ermessens- zu Pflichtleistungen umgewandelt. Aber diese Maßnahme hatte keinen nachhaltigen Erfolg, was sich an den weiterhin sinkenden Zahlen in den Folgejahren zeigte. Daher fordert Mattheis: „Man muss

diesem Trend entgegengewirkt und eine verlässliche Regelung für die Betroffenen finden. Besonderes Augenmerk ist hierbei darauf zu legen, dass Versicherte aller gesetzlichen Krankenversicherungen in gleichem Maße Zugang erhalten.“

Aus diesem Grund fordert Mattheis, dass alle gesetzlichen Krankenversicherungen sich in Zukunft an die Bestimmungen halten zu haben und die Vergabe nicht nach der Finanzlage, sondern den Bedürfnissen der Versicherten ausrichten müssen.

Ulm, den 29. Juli 2011 Büro Hilde Mattheis, MdB

Ulm muss Hauptsitz der Arbeitsagentur bleiben

Bundeslandübergreifende Zuständigkeit für Region Neu-Ulm prüfen

Die Bundesagentur für Arbeit plant die Arbeitsagenturen Ulm und Aalen zusammenzulegen und die Führungsebene in Aalen anzusiedeln. Die Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis hat sich deshalb an Bundesarbeitsministerin von der Leyen, den Chef der Bundesagentur für Arbeit Weise sowie die Vorsitzende des Verwaltungsrats Annelie Buntenbach vom DGB gewandt, um sich für den Erhalt der Arbeitsagentur in Ulm einzusetzen und eine bundeslandübergreifende Zuständigkeit zu prüfen.

„Ulm ist das Zentrum unserer Region. Deshalb ist es wichtig, dass hier auch die Leitungsebene der Arbeitsagentur angesiedelt bleibt. In Ulm haben alle für den Arbeitsmarkt wichtigen Akteure ihren Sitz: Industrie, Handwerk, Gewerkschaften und der Regionalverband. Kurze Wege und eine enge Zusammenarbeit aller Beteiligten sind mit ein Grund für die vergleichsweise geringe Arbeitslosigkeit in der Region Ulm. Dies darf durch die Organisationsreform nicht gefährdet werden“, so die SPD-Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis.

Statt die 70 Kilometer voneinander entfernten Arbeitsagenturen Ulm und Aalen zusammenzulegen, würde sich eine bundeslandübergreifende Zuständigkeit der Ulmer Arbeitsagentur für die Region Ulm und Neu-Ulm anbieten. Sehr viele Menschen pendeln täglich zwischen beiden Städten. Arbeitslose aus der Region werden innerhalb der Region vermittelt oder finden innerhalb der Region unabhängig vom Bundesland einen Arbeitsplatz.

„Große Sorge bereitet mir darüber hinaus, dass es zu Stellenstreichungen durch die Neustrukturierung kommt. Denn jetzt in der Phase des Aufschwungs schlägt die Stunde der Arbeitsmarktpolitik. Um Arbeitslose zu Fachkräften zu qualifizieren, ist nicht weniger, sondern mehr Arbeitsmarktpolitik notwendig.“

Die Debatte um die Zukunft der Standorte der Agentur für Arbeit kann nicht losgelöst von den von der schwarz-gelben Bundesregierung geplanten Mittelkürzungen für Arbeitsmarktpolitik betrachtet werden. „Der Kürzungsdruck darf nicht auf Kosten der Menschen in der Region gehen. Gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs dürfen wir Langzeitarbeitslose, die ganz am Rand stehen, nicht aus dem Blick verlieren“, fordert Hilde Mattheis die Bundesministerin auf.

Berlin, den 1. August 2011 Büro Hilde Mattheis, MdB

SPD Kreis Ravensburg

Einladung zum Gesprächsabend mit Claus Schmiedel, SPD- Fraktionsvorsitzender

Schulpolitik auf neuen Wegen und Förderung von Bildungsinitiativen

am
Dienstag, 30. August 2011 um 19.30 Uhr
im
Vogthaus, Charlottenstr. 36
in Ravensburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein wichtiges Ziel der grün- roten Landesregierung ist eine bessere Schulpolitik für alle und nicht nur für wenige. Sie versteht Bildungspolitik als einen Prozess, der von unten wächst. Vor Ort werden dafür Möglichkeiten zur kommunalen Schulentwicklung eröffnet und dabei von der Landesregierung beraten und unterstützt.

Claus Schmiedel wird über die Veränderungen in der Schulpolitik berichten. Sie sind herzlich eingeladen Ihre Fragen zu stellen.

Wir würden uns freuen, Sie begrüßen zu können, um mit Ihnen ins Gespräch zu kommen.

Mit freundlichen Grüßen

Felix Rückgauer,

Vorsitzender der SPD
Ravensburg

BayernSPD SPD Kreisverband Lindau

Koalitionsstreitigkeiten schaden unserem Land

Gastbeitrag von Heinz Paula, MdB

Mit dem Beginn der parlamentarischen Sommerpause sind die ersten zwei Jahre der schwarz-gelben Regierungskoalition vorüber – Zeit für eine erste Zwischenbilanz. Schwarz-Gelb hat sich als eine Koalition der Fehlschläge, leeren Versprechungen - einfach als eine Chaostruppe erwiesen. Gerade die letzten Wochen haben wieder gezeigt, dass die Koalitionäre lieber streiten als konstruktiv zusammenzuarbeiten – zum Nachteil der Menschen und zum Nachteil Deutschlands.

Beispiel Atompolitik: Wie schon im letzten Newsletter thematisiert hat Angela Merkel die Rückkehr zum Atomausstieg in der Koalition gegen erheblichen Widerstand und mit noch immer viel zu vielen Zugeständnissen an die Atomindustrie durchgesetzt.

Beispiel Panzerlieferungen: Einen außerordentlich großen außenpolitischen Schaden hat der – auch in der Koalition sehr umstrittene – geheime Panzerlieferungsdeal der Bundesregierung mit Saudi-Arabien angerichtet. Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits im März 2011 eine restriktive Rüstungsexportpolitik eingefordert und dies erneut in der letzten Bundestagssitzung am 8. Juli während die Bundesregierung nur noch von „verantwortungsbewussten“ Rüstungsexporten spricht. Was an Panzerlieferungen in ein autoritäres Land wie Saudi-Arabien verantwortungsbewusst sein soll, darüber schweigt die Regierung aus. Ebenfalls wissen wir immer noch nicht, ob es bereits einen Beschluss zur Lieferung gibt oder nicht.

Beispiel Kahlschlag bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik: Durch drastische Mittelkürzungen und Einschnitte bei den Arbeitsmarktinstrumenten schwört Schwarz-Gelb eine Spaltung des Arbeitsmarktes herbei. Gerade in Zeiten des beginnenden wirtschaftlichen Aufschwungs müssen dringend benötigte Unterstützungsangebote für Arbeitssuchende erhalten bleiben, um die Widersprüchlichkeit zwischen sich verfestigender Langzeitarbeitslosigkeit auf der einen und strukturellem Fachkräftemangel auf der anderen Seite zu überwinden. Wir fordern daher die „Arbeitsmarktpolitik an den Herausforderungen der Zeit [zu] orientieren“ (so unser Antrag Drs. 17/6454), um so Langzeitarbeitslosen neue Chancen zu eröffnen und eine Prekarisierung der Arbeit zu verhindern. Die Bundesregierung sieht aber in der Arbeitsmarktpolitik einen Steinbruch für Haushaltskürzungen vor: die Mittel für

die Bundesagentur für Arbeit wurden bereits für 2011 um zwei Milliarden Euro gekürzt, diese Kürzungen sollen in den nächsten Jahren in gleichem Maße fortgesetzt werden, so dass ab 2014 jährlich acht Milliarden Euro weniger für die aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung stehen werden.

Als letztes, aber sich nicht abschließendes Beispiel nenne ich nur das schwarz-gelbe Steuertheater! Seit zwei Jahren werden uns vollmundig Steuersenkungen angekündigt und dann wieder einkassiert, weil das Geld dafür fehlt. Nach Erhöhung der Sozialabgaben und steigenden kommunalen Gebühren, wird nun ein dritter Anlauf gewagt zu dem man nur abschließend sagen kann: Schuldenfinanzierte Steuerprivilegien zum Machterhalt!

Einen wunderschönen, erholsamen Sommer wünscht Euch und Ihnen

Heinz Paula, MdB

SPD Betreuungsabgeordneter für das Allgäu

Aus: Newsletter Dr. Paul Wengert | 24_2011

Kombibahnhof:

SPD- Fraktion begrüßt Aufforderung an S 21- Projektpartner zu fundierter Stellungnahme

Claus Schmiedel: „Alle Beteiligten haben nun Gelegenheit, ihre Positionsbestimmung zum Zwei-Bahnhof in den demokratisch legitimierten Gremien vorzunehmen und abzusichern“

Die von den grün-roten Koalitionsspitzen heute verabredete Aufforderung an die S 21- Projektpartner, zum Geißler- Vorschlag eines Zwei- Bahnhofs nach Prüfung eine fundierte Stellungnahme abzugeben, wird von der SPD- Landtagsfraktion voll unterstützt.

Vor allem die rechtlichen Untersuchungen innerhalb der Landesregierung hätten ergeben, dass der Kombi- Vorschlag nur weiterverfolgt werden kann, wenn dies alle Beteiligten im Konsens auch wollen. „Es ist vernünftig und sachgerecht, dass es keinen Alleingang des Landes gibt, sondern das Einvernehmen aller Projektpartner angestrebt wird“, sagte Fraktionschef Claus Schmiedel.

Nach den Worten Schmiedels hätten alle Beteiligten nun Gelegenheit, „ihre Positionsbestimmung zum Zwei- Bahnhof in den demokratisch legitimierten Gremien vorzunehmen und abzusichern“. Es bestehe nach der Offerte der Landesregierung sogar ausreichend Zeit für eine Beratung des Themas in den Gremien, etwa im Stuttgarter Gemeinderat, im Regionalparlament und im Aufsichtsrat der Bahn. Schmiedel hält die Herbeiführung demokratisch le-

gitimierter Beschlüsse zur Weiterverfolgung oder Ablehnung des Zwei-Bahnhofs für wichtig, „damit die am Ende getroffene Entscheidung auch in der Bürgerschaft auf breite Akzeptanz stößt.“

digungsgesetz wird von der SPD ebenfalls ausdrücklich begrüßt. „Wir gehen den Weg zur Volksabstimmung unbeirrt weiter“, betonte Schmiedel.
11.08.2011 **SPD-BW**

Die Klarstellung der Landesregierung zur Fortsetzung des parlamentarischen Verfahrens für ein Kün-

<p>ÖFFENTLICHE VERANSTALTUNG MIT</p> <p>Freitag, 26. August 2011 in der Mehrzweckhalle bzb Buchs Türöffnung 19.00 Uhr, Beginn 19.30 Uhr Begrüßung durch Claudia Friedl, Parteipräsidentin Grusswort von Daniel Gut, Gemeindepräsident Musikalische Unterhaltung mit dem MV Buchs-Räfis</p> <p>Thematischer Einstieg mit Nationalrätin Hildegard Fässler</p> <p>Podiumsdiskussion mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga und Nationalratskandidat Ruedi Blumer, Nationalratskandidatin Laura Bucher und Nationalratskandidat Fredy Fässler Moderation: Heini Schwendener, Stv. Chefredaktor W&O</p> <p>Diskussion und Fragerunde mit dem Publikum Anschliessend sind Sie herzlich zum Apéro eingeladen</p> <p><i>www.sp-werdenberg.ch www.sp-sg.ch</i></p>	<p>BUNDESRÄTIN SIMONETTA SOMMARUGA IM DIALOG</p> 
---	---

Einladung vom Landesverband zu Istanbulreise

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
liebe Freundinnen, liebe Freunde,

ich freue mich, euch dieses Jahr zum zweiten Mal eine interessante, politische Bildungsreise des SPD-Landesverbands Baden-Württemberg anbieten zu können. Sie findet statt vom 9. - 13. November 2011.

Diesmal soll es nach **Istanbul** gehen, wo wir uns vor Ort nicht nur den Attraktionen einer Stadt widmen, in der europäische Integration und islamisches Selbstbewusstsein, Tradition und Moderne aufeinandertreffen. Das auch. Aber darüber hinaus wollen wir erfahren, wie sich das Leben in den Brennpunkten der Stadt politisch gestaltet, und was wir u.a. zu den aktuellen Aufgaben der Türkei wie "Verfassung, Kurdenfrage und Aussenpolitik" in Erfahrung bringen können. Es ist also wieder die bewährte Mischung aus Politik und Kultur, von der das Programm geprägt ist, das ihr im Anhang findet. Zusammengestellt wurde das Programm übrigens wieder von Dagmar Heilsberg in Kooperation mit dem SPD-Reiseservice.

Schön wäre es, wenn auch diese Reise- wie schon im Frühjahr und in den Jahren zuvor - wieder auf euer reges Interesse trifft. Bitte meldet euch per angehängtem Anmeldeformular direkt in Berlin an.

Wenn ihr Fragen habt oder noch Infos braucht, wendet euch bitte an Dagmar Heilsberg,

d.heilsberg@t-online.de

Viel Spaß beim Lesen und, wenn für euch möglich, beim Reisen!

Euer Marten Jennerjahn

SPD-ReiseService

Politische Bildungsreise des
SPD-Landesverbands Baden-Württemberg

Istanbul

Metropole auf zwei Kontinenten

9. - 13. November 2011



Im Mai haben wir mit 50 Reiseteilnehmenden unsere direkten Nachbarn in Österreich besucht, und u.a. mit unseren Genossinnen und Genossen von der SPÖ in Wien eine fantastische Mai-Kundgebung erlebt. Nun schlagen wir Euch für den Herbst eine Reise nach Istanbul vor.

Die pulsierende Weltstadt am Bosphorus hat viele Gesichter: Die atemberaubende Vergangenheit als Zentrum des oströmischen bzw. byzantinischen und später des osmanischen Reiches, das Zusammentreffen von Europa und Asien, die Spannungen zwischen Tradition und Moderne, das kulturelle und wirtschaftliche Zentrum der türkischen Republik zwischen europäischer Integration und islamischem Selbstbewusstsein. Übrigens ist ein bis 2014 entstehender innerstädtischer Eisenbahntunnel unter dem Bosphorus nur das erste mehrerer gigantischer Verkehrsprojekte, die das Gesicht der ständig wachsenden Metropole verändern werden.

Nachdem sich aktuell die SPD mit dem brennenden Thema „MigrantInnenquote“ heftig auseinandersetzt und wir zum ersten Mal nach dem Regierungswechsel in Baden-Württemberg ein Integrationsministerium eingerichtet haben, fanden wir, dass es an der Zeit wäre, nicht nur unsere unmittelbaren Nachbarn zu besuchen und uns dort umzusehen, sondern uns einmal mit dem politischen Hintergrund im Herkunftsland der türkischen Migrantinnen und Migranten auseinanderzusetzen.

Wir fliegen nach Istanbul: Unsere erste Bildungsreise mit dem Flugzeug kostet deshalb auch ein bisschen mehr als unsere Busreisen – ist dafür aber auch schneller und bequemer für euch. Wie immer erwartet euch eine - hoffentlich gelungene - Mischung aus Kultur und Politik. Der Herbst ist zudem eine gute Zeit für Städtereisen in sonst sommerlich-heißen Zonen.

Reiseprogramm

Mittwoch, 9. 11. 2011 Anreise und Orientierung in der Stadt

Wir treffen uns morgens auf dem Flughafen Stuttgart-Echterdingen. Unser Flug mit Turkish Airlines startet um 10:55 und dauert ca. 3 Stunden. Vor dem Abflug erhaltet ihr – nach alter Tradition – die Info-Mappe, die die Reiseleitung für euch zusammengestellt hat. In Istanbul verschaffen wir uns per Bus einen ersten Überblick, bevor wir in unser **4-Sterne-Hotel in der historischen Altstadt** gebracht werden. Nach dem Bezug der Zimmer treffen wir uns zu einem geführten Orientierungsspaziergang durch unseren Stadtteil. Ein Begrüßungscocktail und ein gemütliches gemeinsames Abendessen zum Kennenlernen bilden den Abschluss des ersten Tages.

Donnerstag, 10. 11. 2011 Historisches Zentrum und politische Einführung



Die erste Entdeckungstour gilt den Sehenswürdigkeiten im historischen Bezirk **Sultanahmet**: Nach dem Frühstück im Hotel besichtigen wir zunächst die unterirdische **Zisterne**. Die unter Kaiser Justinian im 6.Jh. erbaute und heute noch mit Wasser gefüllte Zisterne versorgte einst den byzantinischen Kaiserpalast mit Wasser. Weiter geht es zum ehemaligen **Hippodrom**, ursprünglich ein Versammlungsort für das Volk, mit drei Ehrenmonumenten der Spätantike. Anschließend besuchen wir die imperiale Sultan-Ahmet- oder **Blaue Moschee** von 1609, die einzige der Welt, die sechs Minarette hat. Hier bietet sich sicher eine Gelegenheit, mit unserem türkischen Reiseleiter auch über den Stellenwert der islamischen Religion im Istanbul der Gegenwart ins Gespräch zu kommen.



Nach einer individuellen Mittagspause werden wir die weltberühmte Basilika und viertgrößte Kirche der Welt **Hagia Sophia** besichtigen, jenes Gotteshaus, dessen Aura der Wechsel der Religionen nichts anhaben konnte. Der laizistische Republikgründer Kemal Atatürk ließ es in ein Museum umwandeln und alte christliche Mosaikfreilegen. Unser letztes Ziel in Sultanahmet ist der **Topkapı Palast**, der seit 1473, nach der Eroberung der Stadt unter Fatih Sultan Mehmed, der Hauptstadt des Osmanischen Imperiums als Residenzpalast und Wohnsitz der Dynastie diente. Der Palast liegt auf der Serailspitze, einem der sieben Hügel von Istanbul zwischen dem Goldenen Horn, dem Bosphorus und dem Marmarameer.



Am frühen Abend treffen wir uns mit Vertreterinnen und Vertretern der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie der türkischen Stiftung für Soziale Demokratie (SODEV) und erhalten einen ersten Überblick über die **politische Entwicklung in der Türkei**.



Zum Abschluss des Tages genießen wir das gemeinsame Abendessen in einem Istanbul Spezialitätenrestaurant.

Freitag, 11. 11. 2011 Europäische Kultur(haupt)stadt und wachsende Metropole



Morgens bummeln wir durch den **Großen Basar**. Er wurde im 15. Jahrhundert nach der osmanischen Eroberung Konstantinopels angelegt und beherbergt heute rund 4000 Geschäfte mit den verschiedensten Angeboten. Anschließend überqueren wir das goldene Horn und besuchen die europäisch geprägte Neustadt Beyoğlu zwischen dem genuesischen **Galataturm** und dem zentralen **Taksimplatz**, der uns u.a. durch die Auseinandersetzungen um gewerkschaftliche Demonstrationen zum 1. Mai bekannt ist (Seit 2009 ist der 1. Mai ein offizieller Feiertag). Hier sehen wir Botschaftsgebäude, Kirchen, Synagogen und moderne

SPD-ReiseService

Einkaufsstraßen. Die **Beyoğlu İstiklal Caddesi** ist die bekannteste Straße und das pulsierende europäische Herz Istanbuls. Für die individuelle Mittagspause bietet sich hier das ganze Spektrum türkischer Imbiss- und Restaurantkultur.

Am Nachmittag reisen wir auf die asiatische Seite des Bosphorus in den weltoffenen, nicht zuletzt studentisch geprägten Stadtteil **Kadıköy** mit seinen kleinen Gassen und farbenfrohen – übrigens recht günstigen – Märkten. Hier ist der türkische Rekord-Fußballmeister Fenerbahçe zu Hause. Im Bahnhof **Haydarpaşa** kommen – auf der Strecke der historischen Bagdad-Bahn - die Züge aus ganz Anatolien und sogar aus Damaskus an. Die größte politische Herausforderung im Stadtbezirk Kadıköy ist die **soziale Integration** der aus ärmlichen Regionen der Türkei einwandernden Familien. Vertreterinnen und Vertreter der Bezirksverwaltung und sozialer Projekte informieren uns über stadtpolitische Lösungsansätze und Perspektiven.

Nach dem gemeinsamen Abendessen im Restaurant bringt uns unser Bus zurück ins Hotel. Für Unermüdliche ist vielleicht noch Zeit für individuelle Ausflüge in die Kulturszene oder einen Bummel ins bunte **Nachtleben**. Wir versuchen, im Vorfeld ein bisschen bei der Orientierung behilflich zu sein.



Samstag, 12. 11. 2011 Goldenes Horn und Bosphorus

Der heutige Tag steht im Zeichen des Goldenen Horns und des Bosphorus. Wir setzen die Stadterkundung im islamischen Wallfahrtsort **Eyüp** fort und genießen vom Café **Pierre Loti** aus einen wunderbaren Blick auf das **Goldene Horn**. Anschließend besichtigen wir die **Chora-Kirche**, eine byzantinische Kirche, deren gut erhaltene und wirklich faszinierende Mosaik- und Fresken zu den bedeutendsten und aufwändigsten Sakralzyklen weltweit zählen.

Nach der Mittagspause, die Gelegenheit zu einem Bummel über den **Gewürzbasar** und die **Galatabrücke** bietet, unternehmen wir eine faszinierende **Schiffahrt auf dem Bosphorus**. Auf der Fahrt zwischen den beiden Ufern, Europa und Asien, herrscht ein harmonisches Nebeneinander von Vergangenheit und Gegenwart, von Glanz und schlichter Schönheit. Der rege Schiffsverkehr auf der Meerenge lässt die Bedeutung dieses wirtschaftlichen Lebensnervs erahnen.

Unser Abendessen nehmen wir gemeinsam mit Genossinnen und Genossen von unserer türkischen Schwesterpartei **CHP** ein. Dabei werden wir vornehmlich eure Wunschthemen behandeln. Wir lassen den Abend in „Neigungsgruppen“ oder individuell ausklingen.



Sonntag, 13. 11. 2011 Journalistengespräch und Abreise

Nach dem Frühstück gibt uns ein Gespräch mit einem aus Istanbul berichtenden deutschen Journalisten zum Thema „**Die Türkei vor aktuellen Herausforderungen**“ die Gelegenheit, das in den letzten Tagen Gesehene und Erlebte noch einmal politisch einzuordnen.

Mit einem letzten Glas Tee verabschieden wir uns von Istanbul. Unser Transferbus bringt uns zum Atatürk-Flughafen, und planmäßig um 16:50 Uhr landet unsere Maschine in Stuttgart.



SPD-ReiseService

Unser Hotel



Hotel Grand Yavuz ★★ ★★
Pier Loti Cad. 71/B, Sultanahmet / Istanbul

Das Hotel Grand Yavuz ist ein komfortables Hotel in Istanbul, das elegantes Ambiente und türkische Gastfreundschaft mit einer idealen Lage im Altstadt-Bezirk Sultanahmet vereint. Viele Sehenswürdigkeiten und historische Orte befinden sich nur wenige Gehminuten entfernt. Die 111 neu renovierten Zimmer verfügen über geräumige Badezimmer mit Dusche und Wanne. Die Zimmer bestechen durch elegantes Dekor und funktionale Ausstattung. Das Hotelrestaurant serviert moderne türkische Küche und internationale Gerichte und bietet von seiner Dachterasse einen wunderbaren Ausblick über die Stadt. Das Hotel hält auch ein Wellness-Center mit türkischem Bad, Sauna, Whirlpool und Massageräumen bereit.

Alle Leistungen auf einem Blick

- Linienflug mit Turkish Airlines ab/bis Stuttgart in der Economy Class
- 4 Übernachtungen im 4-Sterne-Hotel in der Istanbuler Altstadt (Grand Yavuz oder vergleichbar)
- Halbpension: 4x Frühstücksbuffet im Hotel, 4x Abendessen in verschiedenen Restaurants
- Transfer und Ausflüge lt. Programm im modernen Reisebus
- qualifizierte und fachausgebildete, deutschsprachige örtliche Reiseleitung
- SPD-Reiseleitung
- Reisesicherungsschein

Reisepreis pro Person

Im Doppelzimmer:	€ 799,00
Einzelzimmerzuschlag:	€ 95,00

Allgemeine Hinweise

- Mindestteilnahmezahl: 30 Personen
- Programmänderungen, die den Charakter der Reise nicht verändern, bleiben vorbehalten.
- Es gelten die Reisebedingungen der SPD-ReiseService GmbH-

SPD-ReiseService

Wilhelmstraße 140
10963 Berlin

Tel: (030) 2559 46 - 45 Fax: (030) 2559 46 99

Mail: v.dieterich@spd-reiseservice.de

www.spd-reiseservice.de

Verleihung des Prix Wasserfrau 2011 an das Mädchenzentrum Amazone mit seinen Mädchen

am 09.09.2011 von 18.00 bis 20.00 Uhr
im Foyer des Theaters am Kornmarkt in Bregenz.

EINLADUNG

Tagesordnung

- o Begrüßung durch SBI-Vizepräsidentin und Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher
- o Laudatio
- o Preisverleihung durch Olga Pircher, SBI-Vizepräsident Altnationalrat Fredi Alder und die Schweizer Nationalrätin Hildegard Fässler
- o Ehemalige Preisträgerinnen berichten
- o Kostprobe des Kirchenfrauenkabarets (Preisträgerinnen 2009)

- 
- o Preisträgerinnen der Vorjahre berichten
 - o Schriftstellerin Jolanda Spirig aus der Schweiz, Preisträgerin 2006
 - o Moderation: Hildegard Fässler

Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

Olga Pircher
SBI-Vizepräsidentin und
SPÖ-Landesfrauenvorsitzende

im Namen des SBI-Präsidiums
mit dem SBI-Präsidenten Norbert Zeller und
dem SBI-Vizepräsidenten Fredi Alder

Weitere Informationen:
<http://www.bodensee-internationale.org/prixwasserfrau.php>

Anfahrtbeschreibung im Anhang

Impressum

Herausgeber:

Deutsche Gruppe SBI und Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident Norbert Zeller)

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg

Tel.: 07532/313048

E-Mail: rotersee@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

E-Mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Büro Peter Simon, MdEP:

peter.simon@europarl.europa.eu

Angela Luci über:

willibernhard@gmx.de

Dietram Hoffmann:

dietram.hoffmann@googlemail.com

Anna Jäger:

jaeger@dialogos-team.de

Dario Sulzer:

sulzer@sp-sg.ch

SPÖ-Express:

hubert.loetsch@spoe.at

www.spoe.at

SPÖ-Aktuell:

spoe.aktuell@spoe.at

Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis.ma01@bundestag.de

Wahlkreisbüro Hilde Mattheis:

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

Felix Rückgauer:

felix.rueckgauer@spd-online.de

Dr. Paul Wengert, MdL (BY):

paul.wengert@gmx.de

SPD-BW:

bawue@spd.de

Marten Jennerjahn über:

d.heilsberg@t-online.de

Norbert Zeller:

norbert@zeller-home.com

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder. Die Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Redaktion überein.

E-Mail-Abonnement (ab)bestellen

(Karl-Heinz König)

rotersee@kabelbw.de